

FAZ

23.01.20120

Hoffnungsschimmer vor´m Eurogipfel

Dr. Michael Heise

Die jüngsten Ratingurteile durch Standard & Poor's hinterlassen den Eindruck, dass die Euro-Rettungsbemühungen allesamt in die falsche Richtung laufen und 2012 mit einer weiteren Zuspitzung der Krise zu rechnen ist. Doch dieser Eindruck ist falsch. Wichtige Weichen sind richtig gestellt. Dies liegt weniger am neuen „Fiskalpakt“, über den auf dem nächsten „Krisengipfel“ Einigkeit erzielt werden soll. Hier besteht – nicht nur wegen der rechtlichen Schwierigkeiten – die akute Gefahr der Verwässerung, so dass am Ende nichts Entscheidendes zu den bestehenden Regeln hinzu- und nur ein „Stabilitätspakt deluxe“ herauskommt. Allerdings hat auch der alte Stabilitätspakt gezeigt, dass letztlich der politische Wille, nicht der Buchstabe des Paragraphen entscheidet, ob stabilitätspolitische Vorsätze eingehalten werden. Und an dieser Stelle, so scheint es, hat es im vergangenen Jahr doch bemerkenswerte Fortschritte gegeben. So haben sich in allen Krisenländern neue Regierungen voll und ganz einer Stabilitätspolitik verschrieben, um die akuten Finanzierungsgefahren abzuwenden. Sie mögen noch die fiskalische Souveränität der Euro-Staaten beschwören, die Realität ist bereits eine andere: Es gibt einen gemeinsamen europäischen Weg – und wer diesen Pfad der Konsolidierung verlässt, riskiert sein politisches Überleben im Euroverbund. Dies kann ein weitaus stärkeres Signal sein als jede Vertragsänderung. Wie lange der neue Stabilitätskonsens anhält, wird sich zeigen. Es hängt vor allem davon ab, dass der jetzt eingeschlagene Weg auch erfolgreich ist.

Aber auch dafür haben sich die Aussichten deutlich verbessert. Die jüngsten Maßnahmen der EZB halten den Regierungen den Rücken frei, sie „kaufen Zeit“, indem sie die Anleihenmärkte im Zaum halten. Dies geschieht weniger durch direkte Anleihenkäufe als vielmehr durch die de facto Übernahme der Refinanzierung des europäischen Bankensystems. Dies bürdet der EZB weitere Risiken auf, nimmt

aber auch den enormen Druck von den Kapitalmärkten und erleichtert so, direkt oder indirekt, die staatliche Kapitalaufnahme.

Dennoch bleibt der Weg aus der Krise natürlich steinig, Rückschläge inbegriffen. Vordringlich ist es daher, neue Vertrauensschocks zu vermeiden. Insofern sind die Umschuldungsgespräche in Athen derzeit wichtiger als die Vertragsverhandlungen in Brüssel. Die angestrebte Schuldenreduktion darf nicht scheitern. Der öffentliche Sektor sollte die Umschuldungen unterstützen, denn alle Gläubiger haben ein Interesse daran, die griechische Schuld auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. Rückschläge können auch durch aufkommenden Widerstand der Bevölkerung gegen die Reformen in den Anpassungsländern kommen. Das macht es so wichtig, die nötigen Einschnitte und Wachstumsreformen richtig zu machen, sie rasch und möglichst in einem großen Schritt durchzuführen, anstatt sie, wie in Griechenland über einen langen Zeitraum zu strecken und damit dem Beharrungsvermögen des alten Systems weitgehend zu opfern. Zögerliche Reformen haben noch nie durchschlagenden Erfolg gehabt, das hat auch Deutschland, lange Zeit selbst Schlusslicht des Europäischen Geleitzuges, leidvoll erfahren müssen.